

Sehr geehrter Herr Meier,

dass Sie in unserem Wahlprogramm so gar keine Gründe gefunden haben, warum uns Angehörige der Gastronomie wählen sollten erstaunt uns.

Sie, als Insider, haben sicher einen besseren Einblick, was für Angehörige der Gastronomie relevant ist - wir denken, das unsere Themen branchenübergreifend wichtig für unsere Zukunftsfähigkeit sind.

Ich kann Ihnen ein paar Stichpunkte benennen. Da wir nichts über Umfang und Art Ihres Beitrages wissen, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Gegen die Krise setzen wir auf einen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik – den Grünen New Deal. Wir wollen in den nächsten vier Jahren 1 Million neue Jobs in Klimaschutz, Umwelttechnik, Bildung, Sozialem, Gesundheit und Pflege schaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen Handlungsbedarf bei der Abgabenbelastung von arbeitsintensiven Dienstleistungen. Besonders Hotels, Pensionen und Gaststätten brauchen schnelle und praktische Erleichterungen. Wir schlagen deshalb Maßnahmen vor, die arbeitsintensiven Dienstleistungen attraktiver machen, nämlich eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge im unteren Einkommensbereich. Für Löhne unter 2.000 Euro wollen wir Grüne die Lohnnebenkosten deutlich senken. Das bringt Geringverdienenden mehr Netto und die Unternehmen müssen weniger Sozialversicherungsbeiträge abführen.

Die Vereinfachung des Steuersystems, nachvollziehbare Regelungen für die Besteuerung von Unternehmen sowie Regelungen bei der Erbschaftsteuer, die Betriebsübergaben nicht gefährden, sind unabdingbar. Grüne Ideen tragen hier auch zu einer Entlastung der Betriebe in Hotellerie und Gastronomie bei. Das Grüne Progressiv-Modell schafft zudem Arbeitsplätze und entlastet Arbeitnehmer mit niedrigen Gehältern. Durch das Senken der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich werden Betriebe entlastet, neue Arbeitsplätze entstehen und Schwarzarbeit geht zurück.

Deutschland braucht einen Schutz vor Lohndumping. Grundsätzlich schlagen wir die Einrichtung einer Mindestlohn-Kommission vor. Die Mindestlohn-Kommission soll sich aus Vertretern der Sozialpartner und der Wissenschaft zusammensetzen. Sie setzt eine generelle Lohnuntergrenze fest, die mindestens 7,50€ pro Stunde betragen muss. Diese Grenze ist für alle verbindlich und darf von keinem Betrieb und in keiner Branche unterschritten werden. Oberhalb der generellen Lohnuntergrenze sollen branchen- und regionalspezifische Mindestlöhne möglich sein.

Ich hoffe dies gibt Ihnen ein paar Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen

Donate Hochstein

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

T: 030-28442127

F: 030-28442327

E: donate.hochstein@gruene.de

E: pr@gruene.de

I: <http://www.gruene.de/>